



Frau Bundeskanzlerin

# Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 31  
31.07.2015

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------------

---

Wähleranteile:	Union bei 43 % bzw. 42 %, SPD bei 24 % bzw. 23 %
----------------	--------------------------------------------------

---

Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
-------------	---------------------------------------

---

Weltpolitische Lage:	Sorgen um den Weltfrieden überwiegen Terrorgruppe IS wird als größte Bedrohung wahrgenommen
----------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------

---

Wichtigstes Thema:	Krise in Griechenland, Staatsverschuldung in Euro-Ländern
--------------------	-----------------------------------------------------------

---

Anlagen:	Grafik "Themen-Monitor"
----------	-------------------------

---

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS	<b>infratest dimap<sup>2</sup></b> für ARD
CDU/CSU	42 (+1)	43 (-)	42 (+2)
SPD	23 (-1)	24 (-)	24 (-1)
FDP	4 (-1)	4 (-)	5 (-)
DIE LINKE	10 (-)	9 (-1)	9 (-1)
B'90/Grüne	10 (-)	10 (-)	11 (-)
AfD	3 (-1)	3 (-)	4 (-1)
Sonstige	8 (+2)	7 (+1)	5 (+1)
Erhebungszeitraum	20.-24.07.	23.-29.07.	27.-29.07.

Die Union liegt bei forsa 19 (+2), bei Emnid 19 (-) und bei infratest dimap 18 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern
Merkel	56 (-1)
Gabriel	14 (+1)
Erhebungszeitraum	20.-24.07.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 42 (-2) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

91 % (-2) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 2 % (-) Gabriel. Von den SPD-Anhängern würden sich 39 % (-1) für Gabriel und 39 % (+2) für Merkel entscheiden.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (02.08.2015)

<sup>2</sup> im Vergleich zur KW 27

## Problemlösungskompetenz

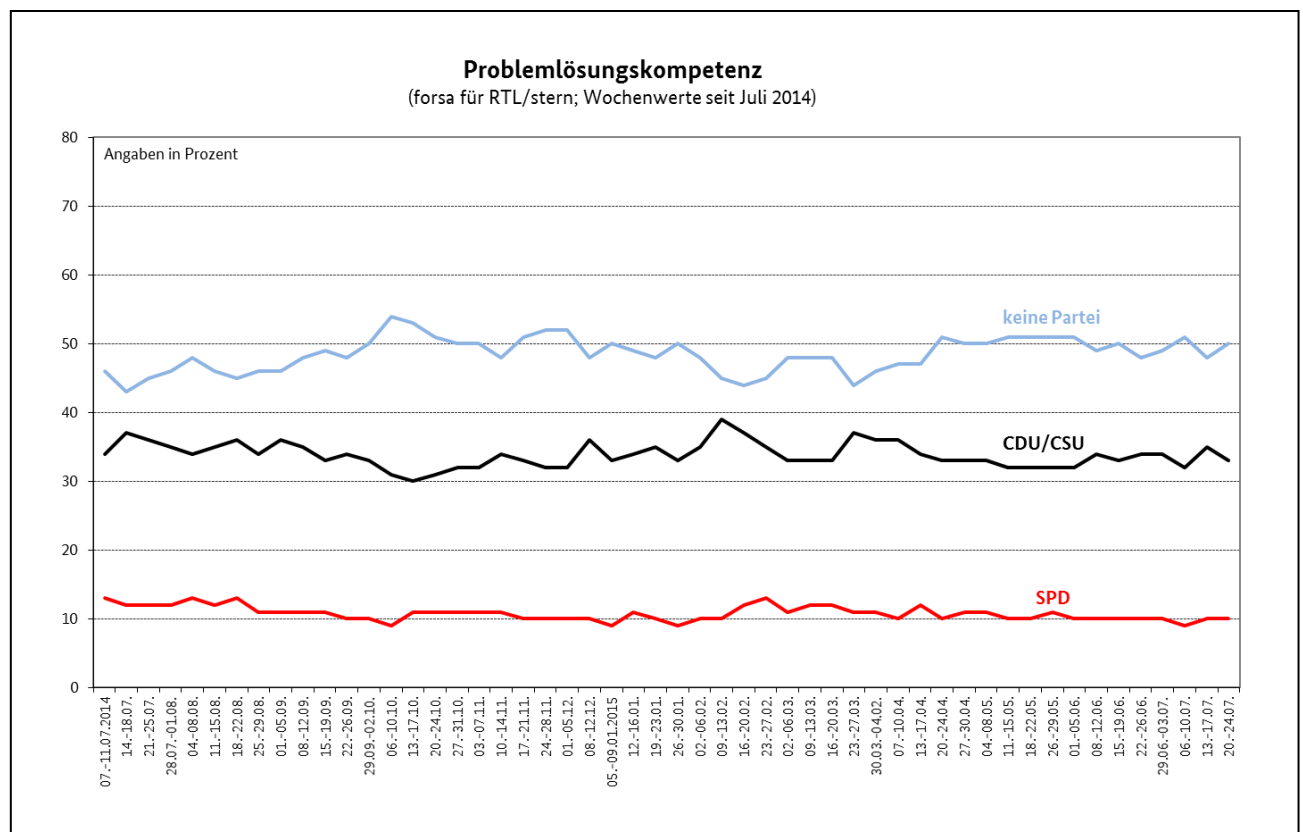
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	33	(-2)
SPD	10	(-)
sonstige Parteien	7	(-)
keine Partei	50	(+2)
Erhebungszeitraum	20.-24.07.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 23 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

50 % (+2) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

70 % (-1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 39 % (+4) von ihrer Partei.



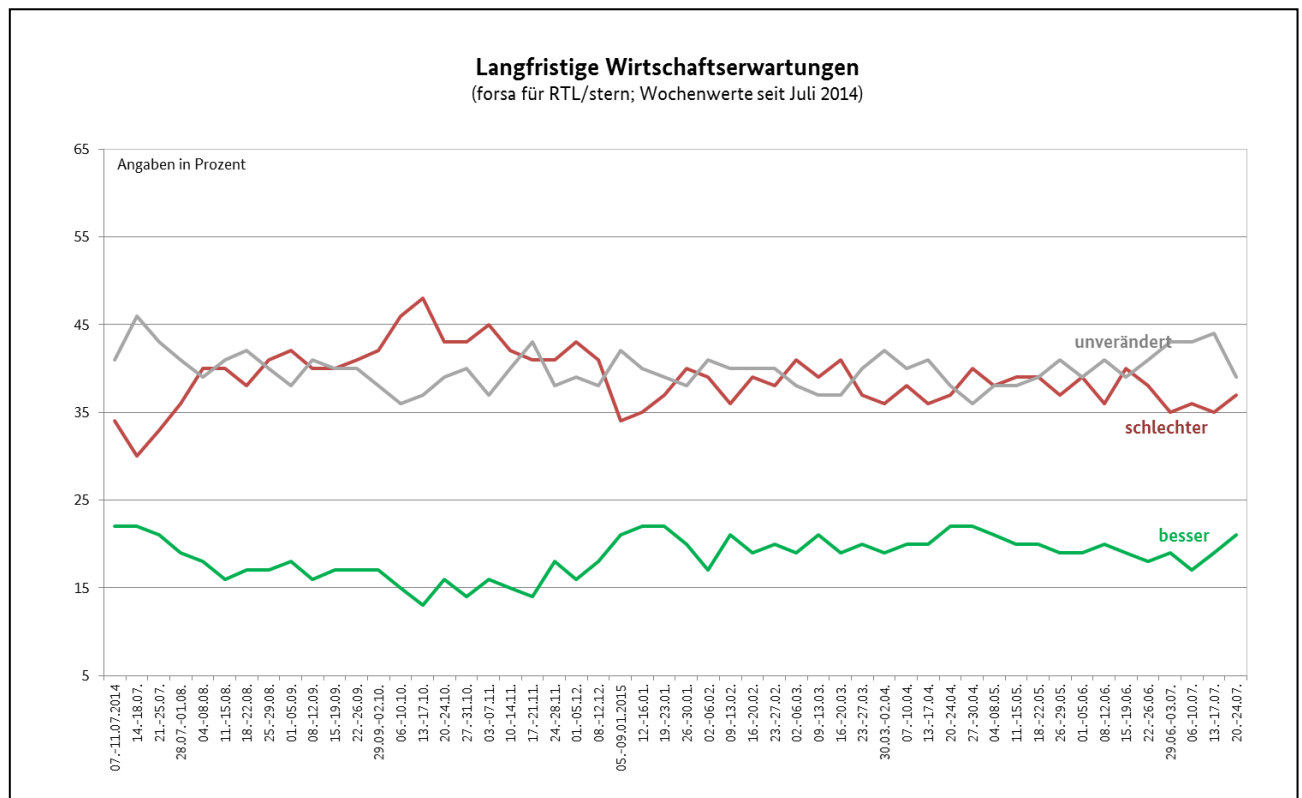
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
besser	21 (+2)
schlechter	37 (+2)
unverändert	39 (-5)
Erhebungszeitraum	20.-24.07.

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 16 (-) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



### Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 28

	forsa für BPA	
sehr große	13	(-1)
große	39	(-7)
wenig	37	(+5)
keine	10	(+1)
Erhebungszeitraum	20.-24.07.	

Ostdeutsche (59 %), über 60-Jährige (58 %) und Frauen (57 %) machen sich zurzeit überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden.

Unter 30-Jährige (59 %) machen sich mehrheitlich weniger bzw. gar keine Sorgen um den Weltfrieden.

### Von welcher weltweiten Krise droht Deutschland aktuell die größte Gefahr?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 28

	forsa für BPA	
Islamischer Staat (IS)	18	(-9)
Ukraine	16	(-3)
Russland	8	(-2)
Griechenland	7	(-3)
Religion, religiöse Krisen/Kriege allgemein	5	(-3)
Naher Osten, arabische Länder	5	(-1)
Syrien	5	(-)
Erhebungszeitraum	20.-24.07.	

Nach Meinung der Bundesbürger droht von der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) die größte Gefahr für Deutschland.

Männer (20 %) und formal höher Gebildete (21 %) sehen in der Ukraine überdurchschnittlich oft die größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Für Ostdeutsche (12 %) gehören überdurchschnittlich oft der Nahe Osten und die arabischen Länder zu den größten Gefahrenquellen.

## Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 28

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	26 (-6)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	11 (+2)
Deutschland tut bereits genug	59 (+2)
Erhebungszeitraum	20.-24.07.

Unter 45-Jährige (32 %), Männer (32 %), formal höher Gebildete (31 %) sowie Anhänger der Grünen (45 %) und der Linken (34 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Über 60-Jährige (66 %), Frauen (66 %) und Anhänger der CDU (69 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland bereits genug Verantwortung übernimmt.

## Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 28

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedsstaaten	35 (-2)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedsstaaten	17 (+3)
verhält sich alles in allem genau richtig	42 (-4)
Erhebungszeitraum	20.-24.07.

Ostdeutsche (46 %), unter 30-Jährige (47 %) und formal niedriger Gebildete (40 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (49 %) und der Grünen (35 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Die Mehrheit der Anhänger der Union (54 %) findet das Verhalten Deutschlands genau richtig.

## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Krise in Griechenland, Staatsverschuldung in Euro-Ländern	48 (-21)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	33 (+9)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderung, Integration	16 (+3)
Konflikt der Türkei mit Kurden und IS	11 (neu)
Erhebungszeitraum	27.-28.07.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit der Krise in Griechenland bzw. der Staatsverschuldung in den Euro-Ländern.

Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der Linkspartei (64 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche. Über 60-Jährige nennen das Thema häufiger als unter 45-Jährige (52 % zu 44 %), Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (51 % zu 40 %) und Männer häufiger als Frauen (53 % zu 43 %).

Anhänger der Grünen (48 %) und der Linkspartei (41 %) thematisieren die Flüchtlingsströme bzw. die europäische Einwanderungspolitik besonders häufig. Über 60-Jährige nennen das Thema häufiger als unter 30-Jährige (38 % zu 21 %), formal höher Gebildete häufiger als formal niedriger Gebildete (38 % zu 26 %).

Ostdeutsche (23 %) und 45- bis 59-Jährige (22 %) beschäftigen sich überdurchschnittlich oft mit der Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland. Geringverdiener nennen das Thema häufiger als Gutverdiener (20 % zu 11 %).

